

4. Die Implikationen der Koreafrage

Wenn nun über Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum diskutiert werden soll, müssen verschiedene Grundüberlegungen hinsichtlich des Gesamtgefüges angestellt werden. In der Einleitung wurde bereits dargelegt, dass die Zukunft der asiatischen Friedenssicherung von mehreren Komplexitäten abhängt: Das System einer OSZA kann nicht entwickelt werden, solange keine funktionierenden regionalen Basissysteme im sicherheitspolitischen Feld etabliert sind. Solche *Regional Integration Projects* müssten mindestens für

- die Region Nordostasien (hauptsächlich beeinflusst durch Staaten wie China, Russland, Japan, Korea),
- Südostasien (hauptsächlich beeinflusst durch die ASEAN-Staaten) und
- die Region Südasien (hauptsächlich beeinflusst durch Staaten wie Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch)

existieren. Solche Basissysteme wiederum werden von einer Vielzahl von Einzelinteressen dominiert, seien sie als staatliche Aussenpolitik formuliert, als ökonomische Zielsysteme multinationaler Konzerne oder internationale Belange zivilgesellschaftlicher Akteure. Konflikte spielen dabei in doppelter Hinsicht eine Rolle: Einerseits sind sie konstitutives Element jedweder politischer Handlung. Andererseits strahlen bestehende Konflikte auf die gesamten politischen Bedingungen aus und beeinflussen das Geschehen von der Tagespolitik bis hin zu langfristigen Strategien der teilnehmenden Akteure. Sie sind also gleichermaßen Ausgangspunkt und Inhalt von Politik. Ziel multilateraler Sicherheitssysteme muss daher sein, nicht etwa Konflikte zu verhindern, sondern sie zu zivilisieren, d.h. sie dem militärischen Eskalationsfeld zu entziehen.⁴⁶

⁴⁶ Vgl. Albrecht 1994

Die einem asiatischen Sicherheitssystem zugrunde zu liegenden regionalen Basissysteme sind derzeit nicht hinreichend stark ausgeprägt. Es fehlt bis heute ein funktionsfähiges Modell für das Politikfeld der Sicherheit, welches sich in der Praxis bewährt hätte und auf das sich eine OSZA stützen könnte. Mit ASEAN besitzt zwar die Region Südostasiens ein solches ‚*Regional Integration Project*‘, jedoch nur für den Bereich der internationalen Ökonomie. Das ausgegründete multilaterale Dialogforum *Asean Regional Forum (ARF)* – hat große Schwachstellen und ist zur Nachahmung kaum empfehlenswert.⁴⁷

„Der besondere Charakter des ARF liegt in der Teilnahme von (...) den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates. Weltweit gibt es keine weitere Organisation, an der diese fünf Staaten gemeinsam beteiligt sind. Dennoch wird eine neue regionale Organisation für Ostasien benötigt. Diese Organisation muss natürlich China, Russland und die USA mit einschließen. In einer solchen Organisation müssten jedoch Japan und Korea eine große Rolle spielen, weil sie einen Gegenpol zu den hegemonialen Bestrebungen Chinas, Russlands und der USA bilden könnten.“ (Sakamoto, zitiert nach Chung 2000:17)

Neben diesem Gedanken werden – wie noch gezeigt werden wird – auch eine Vielzahl anderer Begründungen für die Schwäche des ARF angeführt. Für diese Arbeit ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich einem anderen wesentlichen Dialogprozess zuzuwenden, der weitaus mehr Potential für ein regionale Integrationsmodell im sicherheitspolitischen Bereich bereit hält: den Vierparteiengesprächen zwischen den USA, China und den beiden koreanischen Staaten.

Die Rahmenbedingungen und Lösungsansätze der sog. „Koreafrage“ erhalten in dieser Arbeit aufgrund ihrer Komplexität und Schärfe der Auseinandersetzung sowie aufgrund der Extreme der in ihr aufeinanderprallenden systemischen Gegensätze einen exponierten Stellenwert. Sie bilden quasi das Exempel, anhand dessen die Chancen eines sicherheitspolitischen *Regional Integration Projects* – und schließlich einer

⁴⁷ Diese Gedanken werden in Kapitel 6.2.1 noch genauer dargelegt

KSZA eingeschätzt werden soll. An dieser Stelle mag eingewandt werden, dass diese Gespräche längst keine institutionelle Grundlage darstellen, sondern nur für die spezifische Problemlage auf der koreanischen Halbinsel entworfen wurden. Gerade darin liegt aber der Vorteil dieser Initiative. Wenn sie sich bewährt und zu einer Entschärfung der Situation auf der koreanischen Halbinsel beiträgt, wäre damit neben der kooperativen Teilnahme solch gegensätzlicher Systeme wie dem der USA und dem Nordkoreas auch die Praxistauglichkeit hinsichtlich Deeskalation, Friedenssicherung und Kooperation vorhanden. Eine bis dato fehlende Institutionalisierung könnte auf den Erfahrungen des derzeitigen Dialogprozess aufbauen und die Fehler des ARF vermeiden.

An dieser Stelle stellt sich zunächst die Frage nach den Erfolgsaussichten der Vierparteiengespräche. Dazu müssen die Rahmenbedingungen der derzeitigen Situation auf der koreanischen Halbinsel näher analysiert werden. Was sind die Hintergründe, was die Bestandteile der sog. „Koreafrage“?

4.1 Historische Erblasten

Zunächst sollen die historischen Voraussetzungen dargestellt werden, die die Koreafrage bis heute virulent sein lassen, um auf die Besonderheiten in der aktuellen Diskussion adäquat eingehen zu können. Dabei wird der politisch-militärische Prozess auf der koreanischen Halbinsel in zwei Phasen unterteilt:

Die erste beginnt 1945 mit der Teilung Koreas und endet 1953 mit dem Scheitern des Versuches, Korea zu vereinen. Nach dem dreijährigen Koreakrieg (1950-1953) beginnt mit dem Waffenstillstand die bis heute andauernde Suche um die Lösung der Situation.

4.1.1 Die Ursache der Koreafrage: Die geteilte Nation (1945-1950)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Korea an einer der sensibelsten Nahtstellen des geo- wie militärstrategischen Interessenraum der beiden Großmächte – der USA und der Sowjet-

union – geteilt, wodurch die historische Wurzel des späteren Koreakrieges begründet ist. Im September 1945 geriet Korea unter die Besatzungsherrschaft durch das US-amerikanische Militär im Süden und des sowjetischen Militärs im Norden. Der japanischen Kolonialherrschaft (1905-1945) folgte die Teilung der Nation.⁴⁸

Die USA als neue Besatzungsmacht im Süden ging daran, konservative und reaktionäre politische Gruppierungen zu unterstützen. Sie orientierte sich bei der Auswahl des Personals an den bereits unter japanischer Kolonialherrschaft kollaborierenden Bevölkerungsschichten. Die neuen Machthaber machten sich den Umstand zunutze, dass die ehemalige Kollaborateure – aus Angst um ihr eigenes Schicksal im Falle einer Machtübernahme der Partisanen bzw. Befreiungskämpfer – sich umso willfähriger bei der kritiklosen Annahme neuer ideologischer Leitlinien zeigten. Der von Seiten der USA propagierte Antikommunismus konnte sich so in beispielloser Geschwindigkeit institutionalisieren. Innerhalb kürzester Zeit wurden unter diesen Maßgaben ein schlagkräftiger Polizeiapparat sowie eine neue Streitmacht aufgebaut, die alsbald mit schonungsloser Härte gegen die alten und neuen Oppositionellen und Dissidenten vorgingen.⁴⁹

Zwischen 1945 und 1948 verwehrte das *U.S. Army Military Government in Korea (USAMGIK)* die von weiten Teilen der koreanischen Bevölkerung unterstützten politische Kräfte, insbesondere die Exilregierung in Shanghai, ihre Anerkennung und sprach letztendlich ihre Verbote aus.⁵⁰ Damit verloren die

⁴⁸ Als die Rote Armee und die ‚Koreanische Revolutionäre Volksarmee (KRVA)‘ nach dem Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan auf die koreanischen Halbinsel einmarschierten, veröffentlichte die USA am 14. August 1945 die ‚General Order No.1‘ im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation. Diese Order bildete die Grundlage für die Besatzung Koreas durch sowjetische und amerikanische Truppen nördlich bzw. südlich des 38. Breitengrades; vgl. Kolko 1968:535ff

⁴⁹ Vgl. Cumings 1983:585ff

⁵⁰ In den ersten Monaten nach der Entkolonialisierung Koreas hatten sich in Südkorea die kommunistische Partei Koreas unter Hun-Young

neuen Besatzer in Augen der Bevölkerung ihre Legitimität, da sich die amerikanische Militärregierung offen gegen ihre eigenen koreanischen Freiheitskämpfer und deren politischen Organe stellte.

Die *USAMGIK* verfolgte das politische Ziel, im Süden der Halbinsel ein von den USA in allen Belangen abhängiges Regime zu installieren, das – mit einer gesellschaftsinternen ‚Reproduktionsstruktur‘ ausgestattet – in die kapitalistische Weltwirtschaft eingegliedert werden sollte. Der Süden der koreanischen Halbinsel sollte, auf der Grundlage der ‚*containment-policy*‘ der Truman-Doktrin, zu einem militärstrategischen Stützpunkt gegen die befürchtete kommunistische Expansion der Sowjetunion und Chinas ausgebaut werden.

Die neuen kommunistischen Machthaber im Norden konnten sich hingegen der Unterstützung durch das Volk sicher sein, weil sich in ihren Reihen viele bekannte Persönlichkeiten – unter ihnen der spätere Staatchef Nordkoreas Kim, Il-Sung – befanden, die mit dem Image von koreanischen Volkshelden belegt waren.

Kim Il-Sung hatte mit der von ihm 1934 geschaffenen ‚*Koreanischen Revolutionären Volksarmee (KRVA)*‘⁵¹ in den nördlichen Grenzregionen während der 30er und frühen 40er Jahre den Guerillakampf gegen die japanischen Besatzer geführt. Gleichzeitig führte er mit Hilfe der Untergrundorganisation Cho Kuk Kwang Bok Hoe (Liga für die Wiedergeburt des Vaterlands) Sabotageakte aus, organisierte Generalstreiks und versorgte die Partisanen der KRVA.⁵² 1946 begann er als Generalsekretär der *Koreanischen Kommunistischen Partei (Sektion Nord)* durch die Umsetzung von Landreformen und ande-

Park und die gemäßigt linke Koreanische Volkspartei von Un-Hyong Yo herausgebildet. 1946 entstand die konservative Unabhängigkeitspartei des letzten Präsident der Exilregierung, Gu Kim. Wegen des Versuchs, einen koreanischen Staat mit den Kommunisten in Norden zu gründen, wurden Un-Hyong Yo und Gu Kim 1949 ermordet. Hun-Young Park floh in den Norden Koreas.

⁵¹ Vgl. Kim, Il-Sung 1993:390-394

⁵² Vgl. Kim, Il-Sung 1993:519ff

rer populärer Maßnahmen die Grundlagen für eine starke Ausrichtung auf seine Person und die kommunistische Ideologie⁵³ zu schaffen.

Zur selben Zeit nahmen die Protestaktionen im Süden gegen die 70.000 US-Soldaten und die südkoreanische (*South Choson*) *Defense Guard* zu. Es kam zu Massenstreiks, bewaffneten Aufständen und Guerilla-Aktivitäten. Man forderte den Abzug der US-Armee, doch die Unruhen wurden blutig niedergeschlagen. Im Zeitraum von 1945 bis 1949 fielen ca. 100.000 Südkoreaner dem Antikommunismus der *USAMGIK* und der im August 1948 schleunigst ins Amt gehieften Regierung Rhee zum Opfer.⁵⁴ Damit ist eine der Hauptursachen des Koreakriegs benannt.⁵⁵

4.1.2 Der Koreakrieg (1950-1953)

Der 1950 ausgebrochene Koreakrieg war ein dreijähriger internationaler Krieg unter Beteiligung der UNO – vor allem von Truppen aus den USA und der chinesischen Freiwilligenarmee. Gemeinhin gelten die sich verstärkenden Bürgerkriegsähnlichen Zustände im Süden des Landes als eine der Hauptursachen für den Koreakrieg. Die Frage, wer den Koreakrieg begonnen hat, ist seit seinem Ausbruch eine der Kernpunkte in der innerkoreanischen Auseinandersetzung – mit internationalen Auswirkungen. Während antikommunistische Erklärungsversuche zum Teil Kim Il Sung, zum Teil Joseph Stalin als Hauptverursacher ausweisen,⁵⁶ geht die Gegenseite davon aus, dass die USA den Krieg begonnen haben:

„Schließlich erklärte der amerikanische Marineminister Matthews am 25. August 1950, auf den Tag genau

⁵³ Vgl. Werning 1988:29f

⁵⁴ Die Angabe von ca. 100.000 Opfern bezieht sich tatsächlich nur auf Todesopfer. Die Zahl der Verwundeten, Verschleppten und sonstigen Leidtragenden der antikommunistischen Aktionen ist darin nicht enthalten, genaue Angaben hierzu sind bislang auch nicht verfügbar, vgl. Kang 1999:5

⁵⁵ Vgl. Kang 1996: 203

⁵⁶ Vgl. Suh 1998: 2

zwei Monate nach Ausbruch des Korea-Krieges:(...)«Unsere Friedenspolitik, obwohl sie uns die für eine wahre Demokratie neue Rolle zuweist, einen Angriffskrieg begonnen zu haben, würde uns eine stolze und volkstümliche Bezeichnung einbringen: Wir würden die ersten ‚Friedensaggressoren‘ werden». (Denis 1988:61)

Besonderes Kennzeichen dieses Krieges war der Umstand, auf allen Seiten nur Verlierer zurückzulassen: Mao verlor 5 Milliarden Rubel, die er für Waffen und Munition ausgegeben hatte, und seinen einzigen Sohn – einer von 835.000 chinesischen Kriegsoptionen.⁵⁷ Joseph Stalin verlor mit dem Krieg seinen Mythos als unbesiegbare Strategie. Die USA kämpfte zum ersten Mal ohne Erfolg in Asien und erntete nach Hiroshima und Nagasaki erstmals weltweit Kritik an ihrer durch den Einsatz bakteriologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen sowie der öffentlichen Androhung des Einsatzes der Atombombe gegen China ‚unmenschlichen‘⁵⁸ Kriegsführung. Bis heute zieht in beiden Teilen Koreas die Erblast des Kriegstreibervorwurfs den innerkoreanischen Dialog auf eine emotionale Ebene.⁵⁹

Das südkoreanische Militär wurde dem Oberkommandierenden der US-Truppen unterstellt und auf 700.000 Mann vergrößert. Die USA nahmen den Koreakrieg zum Anlass, ihre Anstrengungen, Südkorea als militärstrategischen Stützpunkt gegenüber den kommunistischen Block auszubauen, zu forcieren. Dadurch erhielt das südkoreanische Militär eine internationale Bedeutung, wie z.B. bezüglich seiner erzwungenen

⁵⁷ Damit sind sowohl Tote als auch Verwundete erfasst, vgl. Keesings Archiv der Gegenwart, Nr. 4/1953-1954, 4095

⁵⁸ Vgl. Grabowsky 1987:185

⁵⁹ Die ‚Agency for National Security Planning (ANSP)‘ unter Kim Dae-Jungs Regierung proklamierte die offiziellen Slogans zum 48. Jahrestag des Koreakriegs: „Nordkorea lauert auf die Gelegenheit zum zweiten Koreakrieg!“ und „Die Linke macht Unruhe – damit beginnt der erneute nordkoreanische Angriff!“ sollen beispielhaft den nach wie vor vorherrschenden propagandistischen Ton in der konfrontativen Auseinandersetzung auf Seiten des Südens dokumentieren. Vgl. The Han Kyoreh Shinmun, 23.6.1998 (eigene Übersetzung)

Teilnahme am Vietnamkrieg auf Seiten der USA und seiner Binnenrolle in der Ära des Kalten Kriegs:

„Das südkoreanische Militär konnte nach Belieben und nach den Anforderungen der US- amerikanischen Strategie mobilisiert werden und diente so in erster Linie den Interessen der USA. Das südkoreanischen Militär kann ohne Übertreibung bis heute als eine regionale Armee der US -amerikanischen Streitkräfte in Ostasien bezeichnet werden.“ (Lee, Yueng-Hui 1994:126-127)

Im Laufe des Krieges wurden schätzungsweise 2.4 Millionen Soldaten und 4.4 Millionen Zivilisten getötet oder verwundet. Zum Zeitpunkt des Waffenstillstands befand sich die Front etwa am 38. Breitengrad – also der innerkoreanischen Grenze vor dem Krieg – wodurch Korea nach dem Stellvertreterkrieg⁶⁰ zwischen Ost- und Westblock an dieser Demarkationslinie erneut geteilt wurde.

4.1.3 Folgen des Koreakriegs

In der Folgezeit des Krieges mussten die USA, aufgrund des nicht zu leugnenden Scheiterns ihrer Kriegsziele, ihre Containment-Strategie auf eine neue Grundlage stellen. Diese bildete der sog. „OPLAN 5027“⁶¹, ein ständiger militärischer Aktionsplan mit dem langfristigen Ziel eines erneuten Angriffs auf Nordkorea.

„Various protective measures are also available as a countermeasure, e.g., neutralizing the North's threats during the early stage with the strategy of attack, should it incite an all-out war.“ (Ministry of National Defense ROK (Hg.) 1999: 84)

Auf Grundlage dieses Planes und innerhalb der von den USA aufgebauten bilateralen Militärallianzen mit Südkorea und Japan werden bis heute regelmäßig die größten Militärmanöver

⁶⁰ Mit dem Eintritt Chinas, sowie insgesamt 19 Staaten auf der Gegenseite in die Kriegshandlungen muss der Korea-Krieg als solcher bezeichnet werden, wenngleich Nordkorea bis heute von einem Befreiungskrieg spricht.

⁶¹ Die Nummer 5027 entschlüsselt sich wie folgt: Code 50 – US Pacific Command, Code 2 – Operationsgebiet Nordkorea, Code 7 – Versionsnummer; vgl. Jung 1999:63ff

der Welt abgehalten: bis 1994 die sog. ‚*Team Spirit*‘-Manöver, danach die sog. ‚*RSO&I*‘-Manöver⁶², die ‚*Ulchi Focus Lens Exercises*‘ sowie die ‚*Foal Eagle Exercises*‘. Das von Seiten der USA zwischenzeitlich als ‚*Schurkenstaat*‘⁶³ abqualifizierte Nordkorea und die von ihm ausgehende Sicherheitsbedrohung führt bis heute zur Beibehaltung dieser Sicherheitsstrategie der Abschreckung, mit der die USA den Druck auf Nordkorea weiter aufrecht erhält...

„(...) um die Krise immer in Bewegung sein zu lassen, bis sich Bedrohungsfaktor gegen die Stabilität in Korea einschließlich Ostasien auflösen kann.“ (Kim 1991:286)

Hintergrund dieser Abschreckungsphilosophie ist die Prophezeiung der militärstrategischen Urheber des ‚*OPLAN 5027*‘, dass das noch existierende System Nordkoreas in absehbarer Zeit zusammenbrechen würde.⁶⁴

Auf der anderen Seite fühlten sich Kim Il-Sung und seine Verbündeten in der bereits während der japanischen Kolonialzeit entstandenen Überzeugung bestätigt, dass ohne eine Konzentration auf die eigene Verteidigungsfähigkeit ein koreanischer Staat nicht existenzfähig sei. Wada (1992:315) hat in Anspielung auf diese ‚*Erste Leitlinie des Staates*‘ den Begriff des ‚*Partisanen-*‘ bzw. ‚*Kasernen-Staats Nordkorea*‘ geprägt.

Südkorea wiederum erstarrte über viele Jahrzehnte in seiner totalen, weil nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Fixierung auf das Leitbild USA. Die verschiedenen Militärmachthaber, die das Land bis 1992 regierten, lösten sich zu keiner Zeit von den politischen Vorgaben aus den USA. Bis zum Beginn der 1990er Jahre setzten sie den harten antikommunistischen Kurs der USA auch innenpolitisch mi-

⁶² Reception, Staging, Onward Movement & Integration

⁶³ Vgl. z.B. Rubin 1999. In jüngster Zeit wird allerdings auch innerhalb der USA dieser Terminus hinsichtlich Nordkoreas vermieden, um die Fortschritte im Dialog mit dem Land nicht rhetorisch zu gefährden, vgl. Jung 2000:1

⁶⁴ Vgl. Lee 1993

nutiös um. Ausdruck dafür ist beispielsweise das bis heute in Form der Nationalen Sicherheitsgesetze weiterhin gültige Antikommunismusgesetz, weshalb Nordkorea permanent den feindlichen Charakter des südkoreanischen „*Marionettensystems*“ in den Vordergrund seiner Südkoreapolitik gestellt hat.

Mittlerweile ist die innenpolitische Opposition in Südkorea gegen das Gesetz wiedererwacht. Im August 1999 schlossen sich 115 Bürgerrechtsgruppen zu einer Volkskoalition gegen das Nationale Sicherheitsgesetz zusammen. Ihr Ziel galt der Abschaffung dieses Gesetzes.

„(...) Die meisten [Bürgerrechtsaktivisten] wurden wegen Artikel 7, der das ‚Verherrlichen‘ und ‚Unterstützen‘ einer staatfeindlichen Organisation unter Strafe stellt, inhaftiert. Das Gesetz definiert neben anderen Organisationen auch die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea als staatsfeindlich. Ein Verstoß gegen Artikel 7 kann mit bis zu 7 Jahren Haft geahndet werden. Artikel 6 des Nationalen Sicherheitsgesetzes verbietet nichtgenehmigte Reisen nach Nordkorea. Bei Zuwiderhandlungen sind Strafen von 2 bis 10 Jahren vorgesehen. Aber auch das Treffen, Unterstützen und die Kommunikation mit Personen aus ‚staatfeindlichen Organisationen‘ steht unter Strafe (Artikel 8). Die Unterlassung, Personen anzuzeigen, die gegen das Nationale Sicherheitsgesetz verstoßen haben, kann ebenfalls geahndet werden (Artikel 10).“ (amnesty international (Hg.) 1996:1)

Auch der UN-Menschenrechtsausschuss befasst sich regelmäßig mit der Problematik. Der zweite periodische Bericht über die Lage in Südkorea beispielsweise äußert Besorgnis darüber, dass das Nationale Sicherheitsgesetz nach wie vor in Kraft ist und Anwendung findet. Auch der UN-Menschenrechtsausschuss fordert die Abschaffung des Artikel 7 des Nationalen Sicherheitsgesetzes.⁶⁵

Dennoch bestimmen sowohl im nationalen, als auch im internationalen Feld weitestgehend Dialogunfähigkeit und –unwillen auf allen Seiten bis in diese Tage die sich selbst reproduzierende Konfliktsituation auf der Koreanischen Halbinsel. Diese „*negative Integration*“⁶⁶ verstärkte die Aufteilung inner-

⁶⁵ Vgl. amnesty international (Hg.) 2000:1

⁶⁶ Vgl. Park, Myeong-Rim 1999:10

halb der koreanischen Gesellschaft in zwei Staaten, die unterschiedlicher kaum sein könnten.

4.2 Aktuelle Besonderheiten der Koreafrage

In der Analyse der Koreafrage gibt es sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen. Auf südkoreanischer Seite sowie von der überwiegenden Anzahl der ‚westlichen‘ Analytiker wird argumentiert, dass das direkte Engagement der Großmächte auf der koreanischen Halbinsel mit dem Ende des Kalten Krieges zurückgegangen sei und damit die Koreafrage angesichts der anhaltenden Systemkonfrontation zwischen den beiden Koreas koreanisiert würde.⁶⁷ Dies würde bedeuten, die Hauptursache für die Koreafrage läge in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen Regime im Norden und dem kapitalistisch-demokratischen Regime im Süden. Hiernach könnte die Koreafrage ihren Lösungsweg nur *innerhalb* der koreanischen Halbinsel finden – nach westlicher Meinung natürlich eher in Nordkorea, da dieses Land als Haupttäter für die militärische Auseinandersetzung und die Sicherheitsbedrohung des ‚freien, demokratischen Südkorea‘ – und der USA – die Verantwortung trägt:

„Only South and North Korea can resolve the division of Korea. Until a permanent peace arrangement is concluded with genuine reduction of tensions on the Korean Peninsula, (...) U.S. and ROK military force unified under the Combined Forces Command(CFC) continue to enhance their capabilities to deter and, if necessary, defeat aggression (...) Northkorea expended very substantial resources on military exercises and the enhancement of certain military capabilities (...) North Korea, despite its domestic hardship, continues to pose a threat not only on the Peninsula but to common regional security.“(US Department of Defense (Hg.) 1998: 10)

Aus der Sicht Nordkoreas sowie der Mehrheit der Volksbewegungen in Südkorea – also die vom Dachverband der Studenten, Arbeiter und Dissidenten beherrschte außerparlamentari-

⁶⁷ Vgl. z.B. Ministry of National Defense ROK (Hg.) 1997/ 1998: 67.

sche Oppositionsszene⁶⁸ – sitzt der Schuldige erwartungsgemäß im Süden des Landes. Die Wiedervereinigung der koreanischen Nation wird nach ihrer Interpretation von einem ausländischen Herrschaftssystem in Korea verhindert. Mit der Koreafrage charakterisieren sie die *'nationale Befreiung'*, deren Vollendung aufgrund der US-amerikanischen Dominanz – in Ablösung der japanischen Kolonialherrschaft – noch nicht vollbracht werden konnte. In ihren Programmen benennen sie drei Grundprinzipien für die Wiedervereinigung Koreas:

- Unabhängigkeit von den Großmächten (insbesondere den USA),
- Gewaltfreiheit und
- die non-Relevanz der Ideologien beim Zusammenschluss aller Koreaner,⁶⁹

auf die in den folgenden Abschnitten dieses Kapitel noch näher eingegangen werden soll. Die Koreafrage besteht nach ihrer Interpretation aus zwei Ebenen: Zum einen müssen innerkoreanische Konfliktfaktoren, zum anderen auch der Einfluss der Supermächte auf Korea bei der Analyse berücksichtigt werden.

Auch Johan Galtung hält die USA für Hindernisfaktor der koreanischen Wiedervereinigung, wenngleich er die innerkoreanischen Beziehungen in den Vordergrund stellt:

„Die koreanische Wiedervereinigung hängt davon ab, wie Koreaner unabhängige Regierungen gründen werden. Es gibt eine Möglichkeit für Wiedervereinigung, sofern sich die neuen politischen Führungen in beiden Koreas annähern, und zwar ohne Einmischung der USA“ (zit. nach: The Han Kyoreh 1996)

⁶⁸ Repräsentative Organisationen der 90er Jahren sind vor allem: Hanchongryeon (Nationale Föderation der universitären Studentenräte), Jeongukryeonhap (Dachverband aller Organisationen für Demokratie und nationale Wiedervereinigung), Beomminryeon (Pankoreanische Allianz für die Wiedervereinigung Koreas) und – seit 1998 einzig legale Organisation die Minjunochong (Demokratische Gewerkschaftskonföderation).

⁶⁹ Vgl. Choi Kyeong-Tae (Hg.) 1991: 80-83, siehe auch ders. (Hg.) 1992: 155-157.

Das wiederum würde bedeuten, dass die Koreafrage auch *außerhalb* der koreanischen Halbinsel gelöst werden muss. Die Lösung der Koreafrage liegt letztendlich sowohl im vielfältigen Beziehungsgeflecht der internationalen Akteure⁷⁰ als auch im schwierigen Verhältnis der beiden koreanischen Staaten.

4.2.1 Das Problem der Unabhängigkeit

Die durch den Koreakrieg zementierte Teilung des Landes schuf sich häufig irrational vehement gegenüberstehende Interessenssphären. Die hegemonialen Determinanten des Kalten Kriegs zwangen beide koreanische Staaten in die ideologischen Fesseln der jeweiligen Supermacht. Nicht erst mit dem Aufstieg Chinas zur Atommacht 1964 herrschte in der Koreafrage Stillstand, und der Status quo wurde international akzeptiert.

Während Nordkorea seine ‚Unabhängigkeit‘ bis zum heutigen Tage unter Inkaufnahme einer dramatischen Unterversorgung der eigenen Bevölkerung mit den grundlegendsten Dingen – und einem im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gigantischen Militärapparat gewährleistet, liegt das Problem der Südhälfte des Landes in der hegemonialen Dominanz der USA. Dabei untersteht der militärische Apparat Südkoreas offiziell, also nach der Verfassung, dem südkoreanischen Präsidenten. Trotzdem sind die Streitkräfte Südkoreas kein unabhängiges militärisches Mittel zur Wahrung der nationalen Verteidigung.

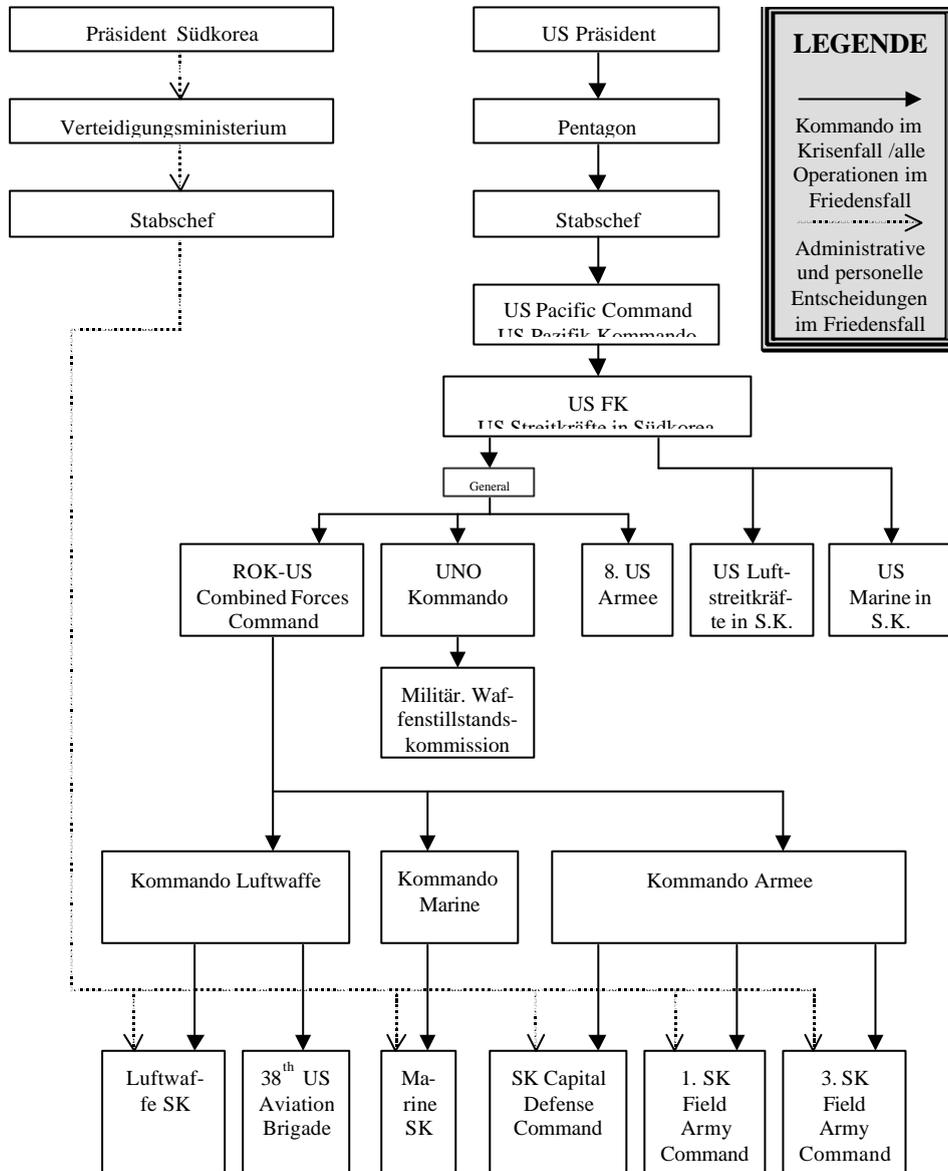
Seit dem Koreakrieg unterstehen die südkoreanischen Einheiten immer noch dem ausschließlichen Befehl desjenigen amerikanischen Generals, der gerade Oberbefehlshaber der in Südkorea stationierten US-Streitkräfte ist. In einem Brief an General MacArthur stimmte der südkoreanische Präsident Rhee (1948-1960) zu, den Oberbefehl über das südkoreanische Militär dem Oberkommandierenden der Truppen der Vereinten Nationen zu übertragen solange der Zustand der Feindseligkeiten – der bis heute als *„weder-Krieg-noch-Frieden“*⁷¹

⁷⁰ Siehe Kapitel V

⁷¹ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 10.12.1997

bezeichnet wird – andauert.⁷² Nach Beendigung des Krieges 1953 wurde diese Vereinbarung im Rahmen des ‚ROK-US Mutual Defense Treaty‘ (1953) erneut bestätigt.

Abb. 4 Struktur des ‚ROK-US Combined Forces Command‘



Quelle: Datshiya 1985:87, eigene Ergänzungen und Darstellung

⁷² Vgl. Amt für nationale Wiedervereinigung (Hg.) 1996

Bis November 1978 waren die südkoreanischen Streitkräfte dem Oberbefehl der UNO unterstellt. Während der Carter-Administration wurden in diesem Jahr die gesamten südkoreanischen Streitkräfte mit den US-Truppen in Korea verbunden, um unter dem Oberbefehl des amerikanischen General ein integriertes amerikanisch-südkoreanisches Militär zu bilden. Das ‚*Combined Forces Command (CFC)*‘ wurde organisatorisch vom Kommando der UNO getrennt, dem nur noch die Beobachtung der Einhaltung des Waffenstillstandes oblag. Seit Juli 1979 liegt jedoch der Oberbefehl beider Kommandos (CFC und UNO) wieder in den Händen des Generals der 8. US-Armee.

Das Jahr 1980 spielt in diesem Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle. Ohne die Zustimmung der US-amerikanischen Militärführung konnte zu dieser Zeit keine militärische Operation auf dem Territorium Südkoreas stattfinden. Mit der äußerst brutalen Niederschlagung des sog. ‚Kwangju-Aufstandes‘ im Mai dieses Jahres durch südkoreanische Truppen⁷³, geriet der militärische Alleinvertretungsanspruch der USA innenpolitisch zunehmend in die Kritik. Die koreanische Gesellschaft sah in diesen Kommandostrukturen das Problem der Unabhängigkeit, welches ihnen von Seiten Nordkoreas permanent vorgehalten wurde, bestätigt.

Seit 1980 hat die Demokratisierungsbewegung in Südkorea neue Konturen angenommen. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Koreaner mit der nun mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden US-Militärpräsenz haben die USA und die seit 1992 gewählte südkoreanische Zivilregierung 1994 eine Umstrukturierung des Oberkommandos veranlaßt. Dadurch hat Südkorea das militärische Oberkommando in einer ‚normalen Situation‘ von den USA zurückerhalten. Das Oberkommando in einer ‚Krisensituation‘ verbleibt weiterhin bei den USA. In der Auseinandersetzung über diese Maßnahme hat sich allerdings das inhaltliche Kernproblem nicht verändert. Beispielsweise verbleibt die Entscheidung darüber, wann eine Normal- oder Krisensituation eintritt, beim amerikanischen General. Überdies gilt auch in einer ‚Normalsituation‘, dass die wichtigsten militärischen Operationen, wie z.B. Mili-

⁷³ Vgl. Lee 1993: 23-51

tärmanöver und die Tätigkeiten des Nachrichtendienstes vom amerikanischen General kontrolliert werden.

„Ein vollständiges Kommando über die Streitkräfte existiert solange nicht, wie es kein Oberkommando auch in Krisensituationen gibt. (...) Wenn die beiden koreanischen Staaten zu einer Lösung der Koreafrage gelangen wollen, müssen sie als Subjekt handeln können. Ohne eine vollständige militärische Kontrolle ist dies jedoch unmöglich.“ (Lee, Jang-Hee 1996a:147, eigene Übersetzung)

Die Stärke der US-Truppen in Korea schwankt, liegt aber seit 1972 bei durchschnittlich 36.250 Soldaten. In den 90er Jahren gab Südkorea durchschnittlich etwa 2,5 Milliarden US\$ pro Jahr für die Unterstützung der Stationierung der amerikanischen Streitkräfte aus. Dazu kommt, dass ca. 2 Prozent des südkoreanischen ‚nutzbaren‘ Territoriums von den USA für militärische Zwecke kostenlos in Anspruch genommen werden.⁷⁴ Die andauernde Stationierung der US-Truppen und ihre Kontrollmacht auf das südkoreanische Militär sind, besonders in Anbetracht des ausgeprägten Nationalbewusstseins der Koreaner, eine besonders schwerwiegende Verletzung der Souveränität. Unter nationalistischen Gesichtspunkten erscheint – wie erwähnt – auch der nordkoreanischen Führung die so enge amerikanisch-südkoreanische militärische Verzahnung als unerträglich. Gerne weist die nordkoreanische Führung darauf hin, dass sie im eigenen Land keine fremden Truppen und ausländischen Militärstützpunkte zulässt.

4.2.2 Die Stationierung der US-Streitkräfte in Südkorea als institutionelles Problem

Die gesetzliche Grundlage zur Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in Korea bildet zunächst das Waffenstillstandsabkommen vom 27. Juli 1953, welches von der USA, der Volksrepublik China und Nordkorea unterzeichnet wurde.⁷⁵ Weil der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beim

⁷⁴ Vgl. Lee, Jang-Hee 1996a:152; siehe auch Kim, Dong-Sim 1998: 96ff.

⁷⁵ Bezeichnenderweise wurde Südkorea nicht an den Waffenstillstandsverhandlungen beteiligt und auch nicht zu deren Unterzeichnung geladen.

Ausbruch des Koreakrieges beschlossen hatte, die nach Korea entsandten Truppen der UNO dem Oberbefehl des US-General MacArthur zu unterstellen⁷⁶, waren die USA der legitime Stellvertreter der Vereinten Nationen. China und die USA haben sich...

„(...) zwecks Beendigung des koreanischen Konflikts (...) für die Schaffung eines Waffenstillstands (...) individuell, kollektiv und gegenseitig an die Bedingung des Waffenstillstandes als gebunden erklärt, bis eine endgültige friedliche Lösung erreicht ist.“ (Präambel des Waffenstillstandsabkommens, Übersetzung in: Keesing's Archiv der Gegenwart 1953: 4094)

Innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens sollte ein Friedensvertrag ausgehandelt werden.⁷⁷ Das dieser nie zustande kam, lag – und liegt noch immer – vor allem am Widerstand der USA: Nur ohne einen Friedensvertrag ist es den USA völkerrechtlich möglich, Truppen in Südkorea dauerhaft zu stationieren. Im Namen der UNO legitimierte das Waffenstillstandsabkommen die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in Südkorea. Ein Friedensvertrag hätte dagegen die Stationierung ausländischer Truppen in Südkorea unmöglich gemacht.

1975 beschloss die 30. UNO-Vollversammlung eine Resolution (3390B), die die Auflösung des ‚UNO-Kommandos‘ in Korea vorsah und den Abzug der US-Truppen aus Südkorea sowie die Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens durch einen Friedensvertrag verlangte. Die von Seiten Nordkoreas permanent vorgetragene Forderung, das Waffenstillstandsabkommen in einen Friedensvertrag umzuwandeln, um damit eine der entscheidenden Hürden auf dem Weg der koreani-

⁷⁶ Die UdSSR enthielt sich bei dieser Entscheidung ihrer Stimme, wodurch dieses historisch einmalige Mandat – wenngleich dadurch nur rückwirkend der Status-quo legitimiert wurde – zustande kam.

⁷⁷ ... gemäß Artikel 4 des Waffenstillstandsabkommens, der besagt: „(...) dass innerhalb von drei Monaten der Inkraftsetzung des Vertrags eine politische Konferenz auf höherer Ebene zusammentrete, damit die Vertreter der beiden Parteien auf dem Verhandlungswege die Probleme des Rückzug aller ausländischen Truppe aus Korea lösen und eine friedliche Regelung der koreanischen Frage herbeiführen.“, Übersetzung in: Keesing's Archiv der Gegenwart 1953:4094

schen Wiedervereinigung zu beseitigen, erhält durch die UNO-Resolution zusätzlich völkerrechtliche Substanz. Trotzdem der Rest der Welt eine solche Regelung für notwendig erachtet, leitete die USA keinen der in der Resolution geforderten Schritte ein. Obwohl Nordkorea und China 1994 offiziell ihre Stellvertreter aus der Waffenstillstandskommission zurückgezogen haben, berührt das die US-amerikanische Lesart des Abkommens nicht. Zurzeit verbleiben allein die Truppen der USA in der ‚demilitarisierten‘ Zone – dem schmalen Streifen entlang der Demarkationslinie – um den Waffenstillstand ‚aufrechtzuerhalten‘.

Eine zweite gesetzliche Grundlage zur Stationierung amerikanischen Streitkräfte entstand 1953 mit dem *ROK-US Mutual Defense Treaty*. Gemäß Artikel 4 und 6 dieses Vertrages können die USA ihre Streitkräfte ohne Beschränkung (überall, wann und solange sie wollen) auf dem Gebiet von Südkorea einsetzen:

"Die Republik Korea gewährt und die Vereinigten Staaten akzeptieren das Recht, Land-, Luft-, und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten in und um das Gebiet der Republik Korea zu stationieren, wie dies durch ein gegenseitiges Abkommen festgelegt wird."
(Keesing's Archiv der Gegenwart vom 8. August 1953: 4107)

Schließlich basiert die Stationierung auch auf dem sog. ‚*SOFA (Status of Forces) – Agreement*‘ aus dem Jahre 1966. *SOFA*, auch als administrative Vereinbarung bezeichnet, regelt Art und Umfang der Stationierung der amerikanischen Soldaten bis hin zur Jurisdiktion.

In einem der sensibelsten Bereich nationalstaatlicher Souveränität, der Landesverteidigung, ist Südkorea in einer quasi-totalen Abhängigkeit von der US-amerikanischen Militärführung – letztendlich von den US-amerikanischen strategischen Interessen. Durch den Umstand, dass die gemeinsam geschlossenen Verträge auch nur im gegenseitigen Einvernehmen kündbar sind (Art. VI), ist der Fall der Stationierung US-amerikanischer Streitkräfte nur unter der Wahrung der amerikanischen strategischen Interessen zu lösen. Ein Weg zur Lösung führt über die Umsetzung der UNO-Resolution – in Anbetracht der anhaltenden Ignoranz der bestehenden Beschlüsse durch die USA ein zu geringes Druckmittel. Vielver-

sprechender erscheint der Ansatz, im Zuge der Vierparteiengespräche⁷⁸ eine Paketlösung zu erzielen. Nur die Erkenntnis, dass die Nichteinhaltung der UN-Resolution zur Gefährdung anderer, wesentlicher (Sicherheits-)Interessen der USA beiträgt – und das eine nicht ohne das andere zu gewährleisten ist – erscheint unter diesen Rahmenbedingungen erfolgversprechend. Dass damit gleichzeitig eines der Hauptthemen der Vierparteiengespräche benannt ist, zeigt wiederum die Relevanz dieses Gedankens. Das Problem der beschädigten Souveränität Südkoreas erfährt seinen vielversprechendsten Lösungsansatz innerhalb eines multilateralen Dialogprozesses, wenn gleich weder eine konkrete Lösung in Sicht noch deren spätere Umsetzung (institutionell) gewährleistet ist.

4.2.3 Die Problematik des Rüstungswettlauf

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA, China, Japan und die UdSSR (bzw. Russland) versucht, eine Gleichgewichtsstruktur in Nordostasien aufrechtzuerhalten. Obwohl – wie erwähnt – Koreas Teilung durch den Korea- und den Kalten Krieg festgeschrieben worden war, müssen die zwischenstaatlichen Beziehungen in Koreas Umfeld als sehr dynamisch beschrieben werden. Die sicherheitspolitischen Strategien und Handlungen von Süd- und Nordkorea auf militärischem Gebiet wurden anhaltend vom globalen Wettrüsten bestimmt. Im Ergebnis erhielt die Koreafrage dadurch eine weitere Komponente, die der konsequenten Aufrüstung der Halbinsel.

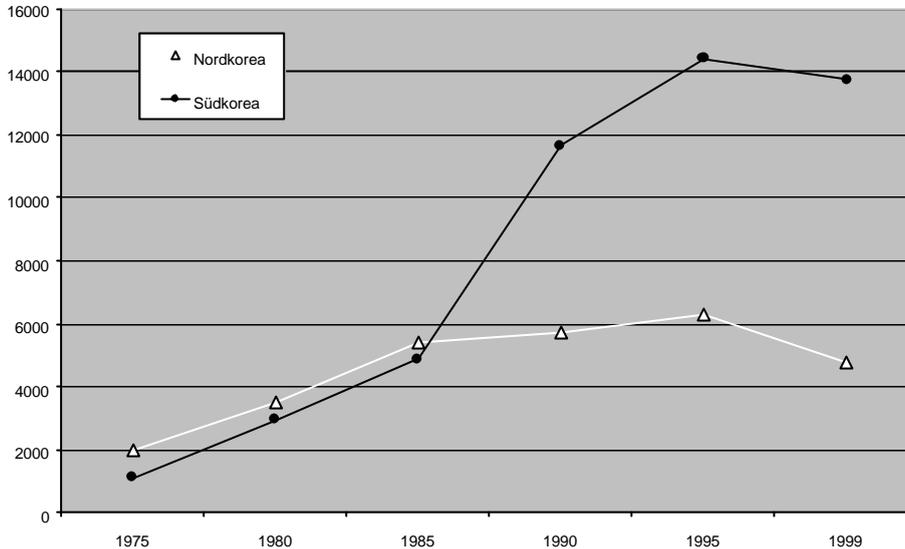
In der militarisierten süd- wie nordkoreanischen Gesellschaft spielt die militärische Führung und das Schlagwort der ‚nationalen Sicherheit‘ eine große Rolle. Die fortdauernde Reproduktion der antagonistischen Ideologien wird benötigt, damit die Priorität der Aufrüstung legitimiert werden kann. Gleichzeitig erklärt sich aufgrund der Bedrohung durch den Aggressor der Zwang zur Begrenzung der Grundrechte⁷⁹ der

⁷⁸ Vgl. Kapitel VIII

⁷⁹ Bezüglich des Zusammenhangs zwischen den enormen Rüstungsausgaben und einem Mangel an sozialer Grundversorgung, z.B. dem Fehlen eines Sozialversicherungssystems. Vgl. Kim, Chang-Su 1999:132ff; siehe auch Jeung, Young-Tai 1998:80ff.

Bevölkerungen. Im folgenden Schaubild zeigt sich der enorme Wettlauf der Militärausgaben zwischen Süd- und Nordkorea.

Abb. 5 Militärausgaben Nord- und Südkoreas



Quellen: Daten 1975-1985: Gallik (Hg.) 1987: 65; 1990-1995: SIPRI Yearbook 1999:312; 1999: Ministry of National Defense ROK (Hg.) 1999:287f.

Alle Angaben in Millionen US\$. 1975-1985 \Rightarrow Wechselkurs von 1984, 1990-1995 \Rightarrow Wechselkurs von 1995, 1996-1999 \Rightarrow Wechselkurs von 1997.

Trotz der Stagnation der nordkoreanischen Militärausgaben seit 1990 haben beide koreanischen Staaten konkurrierend aufgerüstet. Während Nordkorea bis Mitte der Siebzigerjahre mehr als Südkorea ausgeben konnte, sind seitdem die Ausgaben von Südkorea deutlich stärker gestiegen als die Nordkoreas. Diesen Anstieg verdankte Südkorea dem rapiden Wirtschaftswachstum.

Schaubild 5 verdeutlicht, dass die Verteidigungsausgaben Südkoreas zwischen 1975 und 1980 mehr als verdoppelt wurden, sie wuchsen von 1,5 auf 3,5 Mrd. US-\$. Im Jahre 1990 stiegen sie auf 11,7 Mrd. US\$, während die von Nordkorea auf 5,7 Mrd. US\$ (1990) kletterten. Im Jahre 1995 erreichten sie in Südkorea 14,4 Mrd. US\$ und lagen 1999 – nach

einem zwischenzeitlichen Höchststand (1997) von ca. 17,8 Mrd. US\$ – bei 13,7 Mrd. US\$. Damit sank zum ersten Mal in des Nachkriegsgeschichte das Gesamtvolumen der Militärausgaben Südkoreas um 0,4%, ein Resultat der schweren Wirtschaftskrise der Region.⁸⁰ Gleichzeitig gingen auch die Ausgaben Nordkoreas auf 4,8 Mrd. US\$ zurück – wohl auch in Folge der wirtschaftlichen Notlage, in der sich das Land seit 1990 befindet.

Im Vergleich zu seiner BIP-Entwicklung hat Nordkorea den größten Posten seines Budgets für die Aufrüstung ausgegeben. Die Vergleichszahlen zum Anteil der Militärausgaben am BIP lagen bei 23% im Jahr 1985, 24,8 % im Jahr 1995 und 27% im Jahr 1998. Somit kann Nordkorea als Kriegswirtschaft bezeichnet werden, welche per Definition bei einen Anteil von mehr als 25% Militärausgaben am BIP beginnt.⁸¹ Der Anteil der Militärausgaben am BIP von Südkorea fiel von 4,9% im Jahr 1985 auf 3,4% im Jahr 1995 und schließlich auf 2,8 % im Jahr 1999, angesichts des rasant gestiegenen Gesamtvolumens ein deutliches Indiz für die explosionsartige Entwicklung der südkoreanischen Wirtschaft.⁸²

Bei der Betrachtung der militärischen Streitkräfte zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den Verteidigungsausgaben und seinem Ergebnis: Obwohl Nordkorea nur ein Bruchteil der Ausgaben von Südkorea bestreitet, ist die Streitmacht des Landes sowohl im Bereich des militärischen Geräts, als auch bei der Truppenstärke in (fast) allen Belangen überlegen (siehe Schaubild 6 auf der folgenden Seite).

Die beiden koreanischen Staaten befinden sich immer noch in der Kriegsgefahr, beschrieben als „*semi-war state*“. Obwohl die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens von 1953 weiterhin gültig sind, gab es an der Demarkationslinie zwischen den beiden Landesteilen bis Anfang 1997 über 429.000 Zwischenfälle.⁸³ Um solche Instabilitäten zu vermeiden, gilt für die koreanische Halbinsel in den Augen der Ver-

⁸⁰ Vgl. Ministry of National Defense ROK (Hg.) 1999:106

⁸¹ Vgl. Albrecht 1997a:4

⁸² Daten aus: Ministry of National Defense ROK (Hg.) 1990-1999: Defense White Paper

⁸³ Vgl. The Ministry of National Defence ROK (Hg.) 1997:117.

antwortlichen nach der Logik des Kalten Kriegs immer noch Aufrüstung als oberste Sicherheitsgarantie.

Abb. 6 Militärische Streitkräfte im Vergleich; Süd- und Nordkorea (Stand: Oktober 1999)

Classification				South Korea		North Korea	
Troops				Army	560,000	690,000	1,000,000 ³⁾
				Navy ⁶⁾	67,000		60,000
				Air Force	63,000		110,000
Principal force capabilities	Army	Unit	Corps	11		20	
			Divisions	50 ¹¹⁾		63 ⁶⁾	
			Brigades ²⁾	18		113	
		Equip-ment ¹²⁾	Tanks	2,250		3,800	
			Armored vehicles	2,300		2,300	
			Field artillery ⁴⁾	5,200		12,000	
	Navy ⁷⁾	Navy	Helicopters	580		-	
			Surface combatants	170		430	
			Support vessels	20		470 ⁷⁾	
			Submarines/submersibles	10		90 ⁸⁾	
	Air Force ⁹⁾	Air Force	Aircraft	60		-	
			Fighters	520		850	
			Special aircraft	40		-	
			Support aircraft	220		840 ⁹⁾	
	Reserve troops ¹⁰⁾				3,040,000 ¹⁰⁾		7,450,000 ¹¹⁾

1) Marine Corps included
 2) Navy sniper brigades now under the Navy Command and Air Force Command
 3) Marine Corps divisions included
 4) One missile division included
 5) Mobile and combat brigades such as infantry, mechanized infantry, tank, special warfare, patrol, marine, assault brigades included
 * Combat support brigades excluded
 6) Field artillery includes rockets, guided weapons and MRLS.
 7) Approximately 170 surface patrol boats of the Surface Patrol Boat Forces included
 8) Some 40 Sang-o-class submersibles included
 9) North Korean aircraft (helicopters) operated by the air force
 10) Eighth-year reservists included
 11) The Reserve Military Training Unit, Worker/Peasant Red Guards, Red Youth Guards and social security agents included
 12) Figures approximate

Quelle: ROK Ministry of National Defense (Hg.) 1999:245

„Eine einfache Aufrechnung dieser Zahlen⁸⁴ ergibt, dass die koreanische Halbinsel heutzutage der Welt explosivster Schauplatz ist.“ (Lee, Yong-Hee 1988:50)

Während Nordkorea – angesichts der schwindenden Unterstützung seiner Partnerländer UdSSR (Russland) und China – die Konfrontation mit der feindlichen US-Armee alleine bestehen muss, hofft man auf der Gegenseite, dass der Mechanismus des Rüstungswettlauf zum erwarteten Ziel des Zusammenbruchs des wirtschaftlich weniger leistungsfähigen Staates – also Nordkoreas – führt. Doch entgegen den Erwartungen musste der IWF (Internationale Währungsfond) im Dezember 1997 Südkorea vor dem durch nicht abgesicherte Bankgeschäfte verursachten finanziellen Zusammenbruch retten, indem er ein Kreditpaket in Höhe von 58,2 Milliarden Dollar zu Verfügung stellte.⁸⁵ Südkorea hatte für die Aufrüstung in den Jahren 1988-1997 insgesamt ca. 126,7 Milliarden Dollar aufgewendet, inkl. der rund 25 Milliarden US\$ für Zuwendungen an die Schutzmacht USA. Da weder die USA gewillt waren, angesichts der sich ankündigenden finanziellen Notlage Südkoreas auf die Geldgeschenke des Landes zur Aufrechterhaltung ihrer Militärpräsenz zu verzichten, noch Südkorea dazu bereit war, das Niveau ihrer Verteidigungsausgaben eigenständig herunterzuschrauben, wurde die Koreafrage um die Abhängigkeit des Südens vom IWF erweitert.

Mit dem bis heute nicht entschärften Problem der fehlenden Kontrolle der Rüstungsausgaben beider Länder, ist – neben der Unabhängigkeit – auch die Gewaltfreiheit als Leitprinzip zur Lösung der Koreafrage nicht erfüllt. Im Gegenteil: Auf beiden Seiten der innerkoreanischen Grenze steht sich ein gigantisches militärisches Potential gegenüber:

⁸⁴ Über die genauen Angaben zur Stärke der nordkoreanischen Streitkräfte existieren unterschiedliche Zahlen. Nach Angaben des International Institute for Strategic Studies bspw. beläuft sich die Zahl der nordkoreanischen Streitkräfte (Troops) auf 1.055.000 Mann, die der Reserveeinheiten (Reserve Troops) auf 4.700.000 (vgl. Military Balance 1997/1998:183). Die erhöhten Angaben von offizieller Seite Südkoreas mögen ein Indiz dafür sein, dass es ein gesteigertes Interesse von Seiten Südkoreas gibt, das nordkoreanische Bedrohungspotential übersteigert darzustellen

⁸⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 20./21. Dezember 1997:15

„For the last few decades, the North Korean government has fielded an excessively large army of more than a million men, 2/3 based less than 100Km from the border. These forces have been deterred by an ROK force about half that size [600.000 men]; a small but powerful U.S. force in the country [ca. 40.000]; and a capability to rapidly reinforce U.S. troops in crisis“ (Perry 1997:25)

4.2.4 Die Wiedervereinigungsfrage unter dem Aspekt der ideologischen Problematik

Die Teilungssituation auf der koreanischen Halbinsel wird von den meisten Koreanern als widernatürlicher Zustand empfunden. Die Unfähigkeit des koreanischen Volkes und seiner Regierungen, die Teilungssituation zu überwinden, hat – wie eingangs erwähnt – zwei Ursachen: zunächst ist die Fremdbestimmung bzw. –beeinflussung durch ausländische Regierungen bzw. Militärs – ein sehr dominantes Argument für die anhaltende Erfolglosigkeit der Bemühungen um die Wiedervereinigung. Damit zusammenhängend muss auch die Aufrechterhaltung der ideologischen Auseinandersetzung zwischen der Juche-Ideologie des Nordens und dem Antikommunismus des Südens als Ursache benannt werden.

Neben den offiziellen Modellen und Diskussionen um die koreanische Wiedervereinigung, auf die später noch eingegangen wird, soll hier zunächst auf die Bestrebungen innerhalb der koreanischen Gesellschaft eingegangen werden, den Dialog um den nationale Einheit eigenständig zu entwickeln. Obwohl es in der Vergangenheit mehrere Versuche eines ideologieübergreifenden Zusammenschlusses verschiedener gesellschaftlicher Strömungen innerhalb des koreanischen Volkes gegeben hat, konnten sie weder der japanische Kolonialherrschaft noch der Besetzung durch ausländische Truppen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dem Koreakrieg oder der Teilung des Landes erfolgreich entgegenzutreten. Dessen ungeachtet haben sich verschiedene Organisationen dem Problem der Überwindung der Teilung angenommen. Zunächst zu nennen ist die 1927 gegründete ‚Singan-Gesellschaft‘, die sich darum bemühte, gegen die japanische Kolonialherrschaft ein Bündnis von nationalen und kommunistischen Gruppen mit dem Ziel zu schmieden, die Selbstbestimmung des koreani-

schen Volkes zu reinstallieren. 1936 gründete sich unter Beteiligung des späteren Staatschefs Nordkoreas, Kim Il-Sung, die bereits erwähnte „Liga für die Wiedergeburt des Vaterlandes“, die ein breites Bündnis aus kommunistischen, nationalen, religiösen und bourgeoiasen Kräften gegen die japanischen Gewaltherrscher zusammenbrachten. Nach der Niederlage der Japaner im 2. Weltkrieg und vor dem Koreakrieg gründete sich die „*Gemeinsame Konferenz des Nordens und des Südens*“.

„Als Nordkorea dann im April 1948 zu einer gesamt-koreanischen Konferenz Vertreter politischer Parteien und gesellschaftlicher Gruppen nach Pyongyang einlud, reisten (...) eine beträchtliche Anzahl südkoreanischer Delegierter in den Norden. Von den insgesamt 695 Konferenzteilnehmern stellte Südkorea 395. Nach mehrtägiger Diskussion verabschiedete die Konferenz eine Resolution, die sich entschieden gegen die geplanten Separatwahlen in Südkorea aussprach; zudem forderte sie den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen, die Bildung einer provisorischen koreanischen Regierung, Durchführung geheimer Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung und im Anschluß an die Verabschiedung einer gemeinsamen Verfassung die Bildung einer gesamt-koreanischen demokratischen Regierung.“ (Hielscher 1988:297)

Die vierte gesellschaftliche Initiative entstand mit der auf der ‚*Pan-Koreanischen Konferenz für Frieden und Wiedervereinigung*‘ am 15. August 1990 in Panmunjom gegründeten ‚*Pan-Koreanischen Allianz*‘. Sie vereinigt sowohl nord- und südkoreanische als auch im Ausland ansässige Interessengruppen, um einen direkten konstruktiven Dialog zwischen allen Beteiligten über die Frage der Wiedervereinigung zu initiieren.

Die ‚*Pan-Koreanische Allianz*‘, von nordkoreanischer Seite als Nachfolgeorganisation der ‚*Gemeinsamen Konferenz des Nordens und des Südens*‘ anerkannt, wurde seit ihrem Bestehen als illegal bezeichnet und schließlich 1996 unter der Zivilregierung Kim Young-Sams als staatsfeindliche Organisation verboten. Diese befürchtete den unkontrollierbaren Einfluss nordkoreanischer Propaganda auf das Forum und somit die Ausbreitung nordkoreanischer Infiltrationsmöglichkeiten an der staatlichen Zensurbehörde vorbei.⁸⁶

⁸⁶ Das hatte schwerwiegende Folgen für die südkoreanischen Mitglieder der Organisation, wie Choi (1993:2) darlegt: ‚*Die Vertreter Südko-*

Kapitel 4: Die Implikationen der Koreafrage

„In den 1990er Jahren hat Nordkorea auf der strategischen Ebene der Einheitsfront die Pan-Koreanische Allianz sowie deren Jugend- und Studentenorganisation gegründet, die sowohl in Südkorea als auch im Ausland arbeitet.“ (ROK Ministry of National Unification (Hg.) 2000: 573, (eigene Übersetzung))

Bis heute wurden Tausende Aktivisten der Organisation inhaftiert.⁸⁷ Obwohl der Vorwurf der südkoreanischen Regierung, die Organisation sei nordkoreanischer Infiltration ausgesetzt, gerechtfertigt ist, erhöht sich jedoch durch die Bekämpfung der Organisation als radikales Element innerhalb der *united front*'...

„(...) some South Koreans believed that the North had not given up its desire to drive a wedge between the ROK and the United States, and to undermine the Seoul government, playing exclusively to domestic opponents through united front policies (...)“ (Scalapino 1995:33f)

ihre Popularität unter Oppositionellen, vor allem unter Studenten und im Ausland lebenden Koreanern. Mittlerweile ist die Anerkennung der Gruppe und die Freilassung der politischen Gefangenen zu einer Bedingung für gemeinsame Verhandlungen seitens der nordkoreanischen Führung geworden,⁸⁸ für die die außerparlamentarische Opposition in Südkorea schon immer ein wichtiger Unterstützer ihrer Verhandlungsposition war. Mittlerweile hat auch in Südkorea ein vorsichtiger Prozess des Umdenkens eingesetzt. Unter der Regierung Kim Dae-Jungs sind bisher mehrere hundert politische Gefangene freigelassen worden, ein hoffnungsvolles Indiz für eine erhöhte Bereitschaft der neuen Regierung, von Seiten der Gesellschaft vorgetragene Wiedervereinigungsbestrebungen nicht mehr per se als staatsfeindliche Handlungen zu betrachten.

reas wurden nach dem Treffen (in Berlin) sofort bei ihrer Rückkehr noch auf dem Flughafen verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.“

⁸⁷ Im Jahr 1999 stammten von 197 politischen Gefangenen 127 aus dieser Organisation (vgl. Choi 1999:312) Schätzungen gehen von einer Quote von ca. 80 Prozent aller politisch Inhaftierten in den 1990er Jahren aus, vgl. amnesty international (Hg.) 1999

⁸⁸ Vgl. Kim, Il-Sung 1991:3-8

Während Nordkorea alle vier Organisationen zum Symbol für die nationale Befreiung, die letzten beiden auch für den Wiedervereinigungswillen des koreanischen Volkes stilisiert, betrachteten sowohl die USA als auch die von ihnen beeinflussten Regierungen Südkoreas solche gesellschaftlichen Prozesse und Organisationen per se als Bedrohung. Kim Ku beispielsweise, der ehemalige Chef der koreanischen Exilregierung⁸⁹ in Shanghai, wurde nach seiner Teilnahme an der ‚*Gemeinsamen Konferenz des Nordens und des Südens*‘ von einem unter der amerikanischen Militärregierung arbeitenden südkoreanischen Offizier ermordet. Dasselbe Schicksal ereilte Yo Un Hyong, Führer der *linken* ‚*Koreanischen Volkspartei*‘ sowie zahlreiche politische Führungspersonlichkeiten, die für eine koreanische Selbstbestimmung stritten. Insgesamt wurden unter der US-amerikanischen Militärführung des Landes zwischen 1945 und 1953 mehr als eine Million⁹⁰ südkoreanischen Zivilisten, die im Verdacht standen, mit den Kommunisten zu sympathisieren, ermordet – eine wahrhaft unglaublich Zahl, die von Seiten der USA bis 1999 unter strengstem Verschluss gehalten und nur durch das Engagement südkoreanischer NGOs ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurde.

„Dass man zurzeit von einem Massaker in Nogeun-ri, Geochang und Cheju spricht, ist nichts anderes als die Spitze des Eisbergs. Mehr als eine Million Südkoreaner wurden Opfer der US-Ameer und des südkoreanischen Militärs.“ (Kang, Jung-Gu, zit. nach Roh 2000:15 (eigene Übersetzung))

Mehr als die Hälfte der Namen der späteren Opfer tauchten auf ‚schwarzen Listen‘ auf, die vom ‚*Verband zum Schutz und auf-den-rechten-Pfad-Zurückführens des koreanischen Volkes*‘ (*Gukminbodo Ryeonmaeng*) 1949 angelegt wurden. Als im Juni 1950 der Koreakrieg ausbrach, wurden innerhalb der nächsten 60 Tage (!) die mehr als 500.000 Todeskandidaten ohne Gerichtsverfahren von südkoreanischen Militär- und Po-

⁸⁹ Zwischen 1919 und 1945 existierte in Shanghai eine selbsternannte und von der damaligen Guomindang-Regierung Chinas anerkannte Exilregierung, die aus dem Ausland gegen die japanischen Besatzung agierte.

⁹⁰ Vgl. Jung, Hui-Sang 1990; siehe auch Roh 2000

lizeieinheiten ermordet. Lange Zeit leugneten die US-amerikanischen Politiker und verantwortlichen Militärs jegliche Kenntnis von diesen Vorgängen, jedoch veröffentlichte der südkoreanische Psychologe Lee, Nachfahre eines der Opfer, in seinem Buch „*Vorsorgliche Festnahmen mit Todesfolge*“ (*Juk-eum-ui-Yebigeomsok*) aus dem Jahr 2000 umfangreiches Quellenmaterial, u.a. Fotografien und Kopien dieser Listen, die eine aktive Zusammenarbeit der US-amerikanischen Militärführung mit den südkoreanischen Einheiten belegen.⁹¹ Der Abdruck einiger Fotografien und Originaldokumente von der in Südkorea erscheinenden Zeitschrift *Mahl* (Ausgabe 2/2000) führte daraufhin zu einer breiten Diskussion in der südkoreanischen und internationalen Öffentlichkeit, in die sich auch der ehemalige US-amerikanische Generalbundesanwalt Ramsey Clark zu Wort meldete.

„Um die Wahrheit über die Massaker während des Korea-Kriegs ans Licht zu bringen, müssen sich die beteiligten US-Soldaten vor einem internationales Kriegsverbrechertribunal verantworten.“ (Clark, zit. nach. Ahn 2000:144 (eigene Übersetzung))

Als es im April 1960 zum sog. ‚*Aprilaufstand*‘ gegen die Diktatur von Präsident Rhee kam, gründete sich die sog. ‚*Volkskommission für die Zutageförderung der Wahrheit*‘, ein Zusammenschluss der Angehörigen der Opfer von ermordeten und verschwundenen Zivilisten. Ihre Mitglieder, die bereits öffentlich die Zahl von über eine Million Opfer nannten, wurden unter der 1961 durch Putsch an die Macht gekommenen Militärregierung unter Park verhaftet, die Kommission zerschlagen.⁹² Bis 1999 blieb dieses Kapitel der koreanischen Geschichte eines der größten politischen Tabuthemen.

⁹¹ Vgl. Lee, Do-Young 2000

⁹² Auch in der raschen Ausbreitung der Wiedervereinigungsbewegungen im Süden des Landes sieht der im japanischen Exil lebende südkoreanische Journalist und Regimekritiker Jung, Kyeong-Mo als Auslöser für den mit Unterstützung der USA durchgeführten Putsch der Militärregierung von Park, Chung-Hee. Sie verkündete noch im selben Jahr der Machtübernahme das Antikommunismusgesetz – genauer gesagt: am Nationalfeiertag der USA, dem 04. Juli

Mit der erheblichen Entwicklung der Demokratie seit dem Antritt von Kim Dae Jungs Regierung einher ging die Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um solche Tabuthemen aufzuarbeiten. Zusammen mit der südkoreanischen Sektion von amnesty international soll der Punkt ‚Massaker im Koreakrieg‘ auf die Tagesordnung der parallel zum ASEM-Gipfel stattfindenden NGO-Konferenz im Oktober 2000 in Seoul gesetzt werden. Die *Sonderuntersuchungskommission für den Holocaust unter der US-Armee in Gesamtkorea*⁹³ hat angekündigt, dass US-amerikanische Kriegsverbrecher, die an der Ermordung der ca. 172.000 Zivilpersonen während der 40-tägigen Besetzung Nordkoreas im Koreakrieg, oder an den zuvor erwähnten systematischen Säuberungen unter der südkoreanischen Bevölkerung beteiligt waren, vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gebracht werden sollen:

„Wir Angehörige der Opfer hoffen, dass die ganze Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wird. Wenn man die Wahrheit nicht äußert und keine Erinnerung an die Vergangenheit hat, wiederholt sich die Geschichte. Weil wir den Holocaust unter der US-amerikanischen Militärregierung nicht korrekt aufgearbeitet haben, folgten unter der Militärregierung weitere Massaker.(...) Wir müssen diese Geschichte zuende bringen.“
(Lee, Do-Yong, zit. nach Kim 2000:87)

Trotz aller Aktivitäten der südkoreanischen NGOs – und obwohl von Seiten der Regierung die Arbeit der NGOs in Südko-

– eine Geste, die nur als Demonstration der Ergebenheit des Diktators gegenüber den USA verstanden werden kann. (vgl. Jung, Kyeong-Mo 1991: 55ff)

⁹³ Zu dieser Organisation, in der mehr als 20 Dachverbände zusammengeschlossen sind, gehören z.B Minjunochong (Demokratische Gewerkschaftskonföderation), Jeonkukryeonhap (Dachverband aller Organisationen für Demokratie und nationale Wiedervereinigung), Minjok Hwahaе-Jaju-Pyeonghwa Tong-il Undong Hyeop-uihoe (Nationaler Rat für die Versöhnung und Eigenständigkeit anstrebende Wiedervereinigungsbewegung) Südkoreas, Joguktongil-Mijujuui-jeonseon (Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes) aus Nordkorea sowie verschiedene bürgerliche Gruppe für Menschenrechte im Ausland.

rea finanziell unterstützt wird, haben weder die südkoreanische Regierung, noch die US-Amerikaner jemals einen innerkoreanischen, zivilgesellschaftlichen Dialog anerkannt. Bis heute werden von offizieller südkoreanischer Seite diese zivilgesellschaftlichen Kontakte als ideologisch motivierte „*frontline-strategy*“ Nordkoreas diffamiert:

„North Korea’s unification strategy focusses on promoting conditions conducive to revolutionizing South Korea and instigating leftists in the South. North Korea’s unification strategy is clarified in its ‘unification frontline strategy.’ The unification frontline strategy tenaciously pursued by North Korea is to form a kind of alliance frontline by using antigovernment or dissident forces in South Korea while pushing for the policy line of communizing the South with a revolution.“ (The Advisory Council on Democratic & Peaceful Unification 1996:36)

Die USA verlangen bis heute von der Regierung Südkoreas, dass diese eine *one-window-Politik* verfolgt, die eine Ausschließlichkeit der Kontakte zu Nordkorea über die leichter zu kontrollierende südkoreanische Regierung postuliert. Offiziell jedoch zeichnet die US-amerikanische Regierung in ihren Strategiepapieren ein ganz anderes Bild der Situation:

„However, the most critical forum for lasting peace and security on the peninsula, remains direct South-North contact. Only South and North Korea can resolve the division of Korea.“ (US Department of Defense (Hg.) 1998:23ff)

Die Widersprüchlichkeit zwischen der US-amerikanischen Politik und Propaganda bezüglich der Koreanisierung der Koreafrage⁹⁴, spiegelt sich in dem Umstand wider, dass die USA einerseits die Notwendigkeit zur Überwindung der Ideologisierung der Koreafrage bzw. der koreanischen Teilung propagieren, andererseits jedoch verantwortlich für die Ideologisierung der südkoreanischen Gesellschaft ist. Die koreanische Halbinsel wurde keineswegs durch die ideologische Konfrontation innerhalb der koreanischen Gesellschaft verursacht, sondern durch die gewaltsame Einmischung von Außen. Die Koreaner haben ihrerseits, um ihre Teilung zu überwinden, einen Zu-

⁹⁴ Vgl. auch: The White House (Hg.) 2000:57

sammenschluss ohne Ideologie angestrebt, wie bspw. im Grundlagenabkommen zwischen den beiden koreanischen Staaten aus dem Jahre 1991⁹⁵ festgehalten. Eine solchermaßen koreanisierte Lösung der Koreafrage wurde jedoch in der politischen Praxis von Seiten der USA zurückgewiesen. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich – ungeachtet der (ideologischen) Herkunft ihrer Mitglieder – für einen koreanischen Weg zur Überwindung der Teilung engagieren, wurden (und werden z.T. immer noch) einer massiven ‚Hexenjagd‘ nach rechtsextremen Denkmuster á la McCarthy ausgesetzt. Mit Hilfe des Instruments der südkoreanischen ‚Nationalen Sicherheitsgesetze‘, die nichts Anderes sind als der institutionelle und durch die USA in die südkoreanische Gesellschaft injizierte Anti-Kommunismus, hängt die ‚one-window-policy‘ der südkoreanischen Regierung an der US-amerikanischen Ideologie wie ein Abhängiger an der Nadel.

4.3 Der innerkoreanische Dialog: Ansätze und Grenzen

1972 gab es auf Regierungsebene die ersten offiziellen Kontakte zwischen den beiden koreanischen Staaten. Das koreanische Nord-Süd-Kommuniqué vom 4. Juli 1972 war eine gemeinsame Erklärung allgemeiner Prinzipien und Absichten. Ideologisch hat dieses Papier bis heute als eine Art ‚Magna Charta der koreanischen Vereinigung‘⁹⁶ gedient. Der praktische Wert auf dem Weg zur Lösung der Koreafrage tendiert bis heute gegen Null. Das Kommuniqué bezieht seinen Stellenwert aus dem Umstand, dass dadurch eine mögliche gemeinsame Ebene der beiden koreanischen Staaten ausgelotet und der Öffentlichkeit präsentiert wurde. In dem sieben Punkte enthaltenden Kommuniqué erklärten beide Seiten u.a.,

- dass die Wiedervereinigung unabhängig, ohne Stützung auf äußere Kräfte oder deren Einmischung mit friedlichen Mitteln unter Überwindung der Unterschiede der Ideologie, der Ideale und des Systems erfolgen muss,

⁹⁵ Vgl. Kapitel 4.3.1.

⁹⁶ Vgl. Kindermann 1992

- dass von Verleumdungen, von bewaffneten Provokationen Abstand zu nehmen sei, und man aktiv für die Verhinderung von Zwischenfällen eintreten will, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.
- einen vielseitigen gegenseitigen Austausch in zahlreichen Bereichen zu verwirklichen, um die nationalen Bindung wiederherzustellen
- eine ständige, direkte Telefonleitungen zwischen Pjöngjang und Seoul zu installieren
- ein Nord-Süd-Koordinationskomitee zum Zweck der Förderung der Durchführung dieser Punkte der Vereinbarung zu gründen.

„Im festen Glauben, dass die oben erwähnten Punkte der Übereinkunft mit dem einmütigen Wunsch der ganzen Nation im Einklang stehen, die nach der nationalen Wiedervereinigung verlangt und die die Tage wie Jahre empfindet, versprechen die beiden Seiten der ganzen Nation, diese Punkte der Übereinkunft ehrlich zu erfüllen“ (Keesing's Archiv der Gegenwart, 5. Juli 1972:17195

Aus den Tagen wurden Jahre, aus den Jahren Jahrzehnte...

Dieses erste bedeutende Nord-Süd-Dokument entstand unter dem weltpolitischen Klima der amerikanisch-sowjetischen Entspannungspolitik und der Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China (unter der auch die eigenständige deutsche „Ostpolitik“ unter der Regierung Willi Brandts gedeihen konnte). Bald jedoch wurde erkennbar, dass eine Vielzahl von Interessenkonflikten dieses Dokument des historischen Annäherungsprozess zur einem relativ wertlosen Papier machen würden. Nordkorea konzentrierte seine Bemühungen auf Fortschritte bei der Abrüstung, während Südkorea einen Austausch im kulturellen Bereich – ähnlich der parallel laufenden deutsch-deutschen Annäherung – bevorzugte.⁹⁷ Erfolg oder Misserfolg hingen letztlich an der Frage US-amerikanischen Militärpräsenz. Die substantialistische Position des Nordens versuchte, ihren Abzug zu bewirken, während

⁹⁷ Vgl. Snyder 1999:55-60

die funktionalistische Position⁹⁸ des Süden ihre Stationierung um jeden Preis beibehalten wollte. Nach dem dritten Treffen des Koordinierungskomitees 1973 waren die beiden Staaten genauso weit voneinander entfernt wie vor der Übereinkunft. Mit dem Unterschied, dass der damalige Machthaber in Südkorea, Chung-Hee Park, die zwischenzeitlich geschürte Wiedervereinigungseuphorie dazu nutzte, die bestehende Verfassung außer Kraft zu setzen – mit der Begründung, Südkorea brauche im Angesicht der Wiedervereinigung des Vaterlandes eine Neue (die sog. ‚Yushin-Verfassung‘). Dass die bestehende Verfassung seine eigene Wiederwahl unmöglich gemacht hätte und er durch diesen Schachzug bis zu seiner Ermordung 1979 im Amt bleiben konnte, ist nur eins der vielen bedauernswerten Beispiele, in denen politische Chancen einer Nation zugunsten persönlichen Vorteils geopfert wurden.⁹⁹

Nach einigen – von vorneherein auf Ergebnislosigkeit angelegten – Vorschlägen beider Seiten und einer fast vollkommen ‚Funkstille‘ in den 80er Jahren¹⁰⁰ kam es zu Beginn der 90er Jahre – genauer am 13. Dezember 1991 zu einem als historisch bezeichneten Grundlagenabkommen.

4.3.1 Das Grundlagenabkommen zwischen den beiden koreanischen Staaten

Bei diesem Abkommen handelt es sich um ein Vertragswerk mit dem Titel ‚*Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff, Austausch und Kooperation zwischen dem Süden und dem Norden*‘¹⁰¹. In der Präambel werden unter anderem die Wiedervereinigungsprinzipien der gemeinsamen Nord-Süd-Deklaration vom 4. Juli 1972 bekräftigt. Außerdem wird die Beziehungen zwischen den beiden Teilstaaten als ‚*ein auf Vereinigung ausgerichtetes, provisorisches Sonderverhältnis*‘ bezeichnet. In den 25 Artikeln des Abkommens, das von bei-

⁹⁸ Zum funktionalistischen und substantialistischen Politikbegriff siehe: Mitrany 1975

⁹⁹ Vgl. Song, Du-Yul 1995: 20ff

¹⁰⁰ Vgl. Gill, Bates: The divided nations of China and Korea: discord and dialogue, in SIPRI Yearbook 1996, S. 133-159 (134)

¹⁰¹ Vgl. Amt für nationale Wiedervereinigung (Hg.) 1992: 3-7

den Parlamenten ratifiziert werden sollte, wurden die Regeln dieser provisorischen Beziehung detailliert aufgestellt.¹⁰² Nachdem Nordkorea das Abkommen durch sein Parlament absegnen ließ, kam es im Süden dazu nicht.

„Die südkoreanische Regierung definiert diesen Vertrag nicht als völkerrechtlichen Vertrag, sondern nur als politisches Programm. (...) Wenn dieses Abkommen als völkerrechtlicher Vertrag gelten würde, hätten eine Vielzahl südkoreanischer Gesetze geändert werden müssen, so z.B. die nationalen Sicherheitsgesetze. Darum beschränkte sich der Präsident auf die Zustimmung des Kabinetts.“ (Lee, Jang-Hee 1996b, eigene Übersetzung)

Zwischentitel „Aussöhnen“

Unter dem Zwischentitel „Aussöhnen“ wird das Gebot der gegenseitigen Achtung bei gleichzeitiger Wahrung der Interessensphären umschrieben: Die beiden Länder bekunden damit ihren Willen, die unterschiedlichen politischen und sozialen Systeme gegenseitig zu respektieren, sowie ihre Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Teilstaates. „Von Sabotage und Subversion ist abzusehen.“ (Amt für nationale Wiedervereinigung (Hg.) 1992:3-7) Weiterhin behalten beide Seiten das Ziel aufrecht, den gegenwärtigen Waffenstillstand in einen Friedenszustand zu überführen. Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens sollte im Grenzzort Panmunjom ein Süd-Nord-Verbindungsbüro eröffnet werden.

Zwischentitel „Nichtangriff“

In den Artikeln unter der Überschrift „Nichtangriff“ wird die Anwendung von Waffengewalt zwischen den beiden Seiten untersagt. Meinungsdivergenzen und Dispute sollen durch Dialog und Verhandlungen gelöst werden. Als Garant für das Nichtangriffsgebot, aber auch für die praktische Umsetzung von CBMs (Confidence Building Measures – Vertrauensbildende Maßnahmen), Abrüstung und der Installation eines ‚heißen Drahtes‘ zwischen Seoul und Pyöngyang von Bedeutung, sollte ein gemeinsames Militärkomitee dienen, das eben-

¹⁰² Vgl. Gill, Bates 1996, 133-159 (vorgenanntes Zitat S. 134)

falls drei Monate nach Inkrafttreten der Vereinbarung ins Leben gerufen werden sollte

Zwischentitel „Austausch und Kooperation“

Im letzten Abschnitt des Abkommens werden unter dem Titel „Austausch und Kooperation“ umfassende Kontakte zwischen den beiden Staaten angekündigt. Zur Förderung des Wohlstandes auf beiden Seiten – sowie mit Blick auf eine zunehmende Integration – sollten die wirtschaftlichen Beziehungen verstärkt werden. Der Warenverkehr sollte als eine Art *Binnenhandel*¹⁰³ betrachtet werden. Außerdem sollte es zu gemeinsamen Investitionen in Industrieprojekte und bei der Rohstofferschließungen kommen. Artikel 17 postuliert, dass beide Seiten ihren Bürgern innerkoreanische Reisemöglichkeiten und Kontakte garantieren sollen. In weiteren Artikeln werden Familienzusammenführungen, freie Korrespondenz mit Vertraulichkeitsgarantie – auch im Telefonverkehr – und die Einrichtung eines Post- und Fernmeldeverkehrs, die Wiedereröffnung unterbrochener Straßen und Schienenwege sowie die Eröffnung von See- und Luftverbindungen in Aussicht gestellt.

Diese salbungsvollen Absichtserklärungen erfuhren keine Umsetzung. Im Gegenteil: Das Süd-Nord-Verbindungsbüro existiert genauso wenig wie das gemeinsame Militärkomitee. Es gilt als Sensation, wenn der südkoreanische Großindustrielle Joo-Young Chong angesichts der verheerenden Versorgungslage Nordkoreas eine Ladung von 500 Ochsen über eine der am schwersten bewachten Grenzen der Welt transportiert. Die südkoreanische Regierung verbot dem Spender sogar das Geschenk der Lastkraftwagen, mit denen er die Ochsen bis zur Grenze transportiert hatte. Darüber hinaus wurde die beabsichtigte Lieferung von tausend auf fünfhundert Stück halbiert. Dieses Beispiel zeigt, wie weit die koreanischen Staaten auch heute noch von einem normalen Binnenhandel bzw. einer generellen Annäherung entfernt sind.

Die Vereinbarungen des Grundlagenabkommens verdeutlichen allerdings auch, dass es von beiden Seiten ernsthafte Absichten gegeben hat – und nach wie vor gibt, den Entspannungsprozess voranzutreiben, um sich den innerkoreani-

¹⁰³ Vgl. ebenda

schen Voraussetzungen zur Lösung der Koreafrage zu nähern. Es stellt sich die Frage, warum die in fünf Verhandlungsrunden erzielten Ergebnisse nicht umgesetzt wurden.

Hintergrund der vor allem südkoreanischen Zurückhaltung war die Forderung der USA nach Offenlegung des nordkoreanischen Kernwaffenprogramms. Der amerikanische Geheimdienst beschuldigte Nordkorea, seit 1989 an der Entwicklung von Atomwaffen zu arbeiten, womit das Land innerhalb von fünf Jahren zur ‚Atommacht‘ werden würde.¹⁰⁴ Nordkorea dementierte diese Berichte entschieden. Als die USA nach dem Verzicht 1992 im Folgejahr zusammen mit Japan und Südkorea die vom Norden äußerst ungeliebten ‚Team-Spirit‘- bzw. RSOI-Manöver wieder aufnahmen¹⁰⁵, zerschlug sich für viele der letzte Rest der Hoffnung auf die Umsetzung des Grundlagenvertrags.

4.3.2 Die Vereinbarung über nukleare Abrüstung

Binahe zeitgleich hatten sich Nord- und Südkorea im Dezember 1991 bei Verhandlungen über Nuklearfragen in Panmunjom auf die Einrichtung einer nuklearwaffenfreien Zone auf der koreanischen Halbinsel geeinigt. In der ‚Gemeinsamen Erklärung zur Nuklearen Abrüstung‘¹⁰⁶ hatten beide Seiten vereinbart, dass weder der Süden noch der Norden Atomwaffen testen, herstellen, erwerben, besitzen, lagern, aufstellen oder einsetzen darf, und dass beide Seiten gegenseitigen Inspektionen zustimmen würden. Das Abkommen trat am 9. Februar 1992 in Kraft. ‚Gegenseitige‘ Inspektionen bedeutete allerdings auch, die US-amerikanischen Stützpunkte einer solchen Kontrolle zu unterziehen, da die USA im selben Jahr den Abzug ihrer Atomwaffen aus Südkorea verkündet hatte.¹⁰⁷ Obwohl die USA diese Inspektionen in Nordkorea als Bedingung für einen Dialog und die Aufhebung der seit 1950 bestehenden Wirt-

¹⁰⁴ Vgl. Oh 1992

¹⁰⁵ Vgl. Cumings 1997

¹⁰⁶ Vgl. ROK National Unification Board (Hg.) 1992: Intra-Korean Agreements, 3-7

¹⁰⁷ Vgl. Lee, Sam-Sung 1994: 29-51

schaftssanktionen machten, lehnten die sie selbst eben jene Forderungen – an sie gerichtet – kategorisch ab.¹⁰⁸

Die von Seiten der USA permanent bestrittene Stationierung und der Gebrauch von uranhaltiger Munition in Südkorea wurde jüngst von einem Vertreter aus den eigenen Reihen bestätigt. Der in Zusammenhang mit der Häufung von Behinderungen bei Neugeborenen und pflanzlichen Mutationen in der Nähe des Luftwaffenübungszentrums Maehaengri und von der südkoreanischen Umweltschutzorganisation ‚Bund für Umweltschutz‘ eingeladene Luftwaffenoffizier Wilson äußerte sich in einem Interview mit den Worten:

„Als ich hier meinen Militärdienst geleistet habe, habe ich selbst auch Übungen mit der urangehärteten Munition DU¹⁰⁹ durchgeführt.“ (Wilson, zitiert nach: Kim, Ki-Sung 2000:19)

Aufgrund dieser Erklärung musste die US-amerikanische Militärführung ihr Dementi zurückziehen und erklärte stattdessen, diese Bomben seien nie zum Einsatz gekommen, sondern hätten hier nur zu Übungszwecken.¹¹⁰

4.4 Wiedervereinigungsmodelle der beiden koreanischen Staaten

Wie gezeigt, ist die Wiedervereinigung der in zwei souveräne Staaten geteilten koreanischen Nation das übergeordnete Ziel, welches die beiden Regierung seit der Teilung verfolgen. Im Grunde ist die Wiederherstellung der territorialen und gesell-

¹⁰⁸ Vgl. Cumings 1997

¹⁰⁹ DU = Depleted Uranium. Interessanterweise entflammt nun in Europa eine ähnliche Diskussion zum diesem Thema angesichts der Erkenntnis, dass die USA abgereichertes Uran enthaltene Geschosse auch während der Einsätze auf dem Balkan verwendet hat. Bezeichnenderweise sind auch hier die USA nicht an einer Aufklärung der Zusammenhänge von Leukämieerkrankungen der NATO-Soldaten bzw. einer erhöhten Krebsrate unter den Bewohnern der durch die Verwendung solcher Waffen kontaminierten Kriegsschauplätze (Balkansyndrom) und des Einsatzes von DU-Geschossen interessiert.

¹¹⁰ Vgl. Cumings 1997

schaftlichen Einheit das gewünschte Ergebnis einer – wie auch immer zustande kommenden – Lösung der Koreafrage.

Unabhängig davon, ob die koreanische Zweistaatlichkeit ein dauerhaft stabilen Zustand auf der Halbinsel gewährleisten könnte, ist das Ziel der Wiedervereinigung in beiden Systemen integraler Bestandteil der politischen Zielsetzung und wichtiger – wenn nicht der wichtigste Punkt in der gesellschaftlichen Diskussion. Für das hier behandelte Thema wird diese Frage auch eine entscheidende Rolle innerhalb eines multilateralen Sicherheitsdialogs spielen. Das hängt schon allein damit zusammen, dass die nordkoreanische Sicherheitsbedrohung nach seinem Verständnis auf die unnatürliche Teilungssituation zurückzuführen ist. Darum gilt es, die verschiedenen Ansätze zur Wiederherstellung der Einheit in den beiden koreanischen Staaten näher zu betrachten, weil sie für die Lösung der Koreafrage ein wichtiges Motiv ist. Darüber hinaus verknüpfen sich mit den verschiedenartigen Vorstellungen, wie die Wiedervereinigung vonstatten gehen soll, gewisse Erwartungen und Voraussetzung an den Lösungsweg, an die ihm zugrunde liegenden (Kommunikations-)Strukturen einer OSZA und die darin enthaltenen Maßnahmen.

4.4.1 Voraussetzungen für die nationale Einheit

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die beiden koreanischen Systeme nicht in der Lage sind, den jeweils anderen Teil zu absorbieren. Nord- und Südkorea haben ihr jeweiliges gesellschaftliches System soweit etabliert, dass eine Ausweitung eines der beiden Systeme auf die gesamte koreanische Halbinsel – ähnlich wie im Falle der deutschen Wiedervereinigung – für eine wiedervereinigte koreanische Nation nicht in Frage kommt. Keines der beiden ‚Teilstaaten‘ wird sich dem jeweils anderen politischen System freiwillig unterordnen. So liegt der Lösungsweg zur koreanischen Wiedervereinigung in einer friedlichen Zusammenführung innerhalb eines Dialogprozesses.

*„Ein vereinigtes Korea muss mit friedlichen Mitteln
und in
Übereinstimmung mit demokratischen Verfahren auf der
Grundlage des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung
erreicht werden, um den freien Willen des gesamten*

Volkes zum Ausdruck zu bringen. (...) Eine demokratische Wiedervereinigung widerspricht der Monopolisierung der Wiedervereinigungsfrage durch eine gewisse Klasse oder Menschengruppe." (Sohn 1982: 24-25)

4.4.2 Modelle der staatlichen Einheit

Trotz der Übereinstimmung im Ziel einer Herbeiführung der nationalen Einheit bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den nordkoreanischen und südkoreanischen Wiedervereinigungskonzepten.¹¹¹

Während Nordkorea eine Konföderation (Demokratische Konföderative Republik Koryo) anstrebt, innerhalb derer beide politischen Teilsysteme weiterhin existieren, präferiert der Süden die Bildung eines Commonwealth (Korean National Community Unification) mit einer Zentralregierung.

Weitere wesentliche Unterschiede bestehen in der Sichtweise, wer die die Einheit vollziehenden Organe sein sollen: Während der Norden die Bildung einer Großen Nationalversammlung aus Vertretern der Regierungen, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas sowie Auslandskoreanern anstrebt, sind im südkoreanischen Modell die bestehenden Regierungen die vollziehenden Organe.

Im internationalen Kontext spielt in erster Linie die Frage der Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in Südkorea und der Einfluss der regionalen Mächte beim Einigungsprozess eine wichtige Rolle. Während Nordkorea bisher offiziell auf deren Abzug als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung besteht, ist für Südkorea die Beibehaltung der Stationierung eine Bedingung. Generell wird die Rolle ausländischer Nationen beim Vereinigungsprozess höchst unterschiedlich bewertet: Nordkorea will keine Einmischung in innerkoreanische Angelegenheiten, der Süden empfindet die Begleitung des Vereinigungsprozesses durch China, Japan, Russland und die USA als wichtige Voraussetzung für eine stabile Grundlage der nationalen Vereinigung.

¹¹¹ Vgl. insbesondere: Choi, Ki-Whan 1992a

Abb. 7 Die offiziellen¹¹² Wiedervereinigungskonzepte im Vergleich

	Nordkorea	Südkorea
Konzept eines verein. Staates	Demokratische Konföderative Republik Koryo	Staatengemeinschaft in Form eines koreanischen Commonwealth
System und Regierung	zwei Systeme, zwei Regierungen	ein System, eine Regierung
Höchstes Organ	Oberste nationale konföderative Versammlung	keine Vorstellung
Außenpolitik	Neutral, nicht paktgebunden	keine Vorstellung
Vereinigungsstufen	nach Erfüllung der Vorbedingungen direkte (stufenlose) Umsetzung	drei-Stufen-Modell: – großer Zusammenschluß der Nation – Staatengemeinschaft – Einheit
Vollziehende Organe	Einberufung einer Großen Nationalversammlung aus Vertretern der Regierungen, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas sowie Auslandskoreaner	Regierungen

In der Übergangszeit		
Einfluß von Außen	Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten	Garantie und Gewähr der vier Mächte China, USA, Rußland und Japan
Militärische	Einstellung des Wettrüstens,	CBMs, Beibehaltung der Statio-

¹¹² Neben den offiziell bekundeten Konzepten sind gerade in jüngster Zeit die nordkoreanischen Positionen in Bewegung gekommen. Wie in Kapitel 4 weiter ausgeführt, stellen die in Südkorea stationierten US-amerikanischen Einheiten kein unbedingtes Hindernis mehr für eine Wiedervereinigung dar.

Voraussetzungen	gegenseitiger Truppenabbau auf 10.000 Soldaten, Verbot von Waffenimporten, Abzug aller ausländischen Truppen	nierung amerikanischer Truppen und Aufrechterhaltung des UNO-Kommandos
Friedenssicherung	Friedensvertrag zwischen den USA und Nordkorea, Nichtangriffsabkommen zwischen Nord- und Südkorea, Atomwaffenfreie Zone Korea	Aufrechterhaltung des Waffenstillstands, Nichtangriffsabkommen zwischen Nord- und Südkorea
Juristische Vorbedingungen im jeweils anderen Staat	Abschaffung der Nationalen Sicherheitsgesetze, Auflösung der 'Agency for National Security Planning', Auflösung des 'Military Security Command'	Abschaffung des Sicherheitsstrafgesetz

Quelle: Eigener Entwurf

Die fundamentalsten Unterschiede der beiden Konzeptionen bestehen in der Reihenfolge ihrer zu realisierenden Schritte. Südkorea betrachtet eine Annäherung der beiden Staaten als Voraussetzung zur Lösung der militärischen Konfrontation – und damit für ein internationales Sicherheitssystem in der Region. Demgegenüber sieht Nordkorea genau den umgekehrten Weg. Nur nach einer Lösung der sicherheitspolitischen Konfrontation könne man die innerkoreanische Annäherung – und letztendlich die Wiedervereinigung herstellen.¹¹³

„Wegen dieser großen Unterschiede auf beiden Seiten, ist der Dialog zwischen dem Süden und Norden zur Zeit unterbrochen.“ (Choi, Ki-Whan 1992b: 127)

¹¹³ Vgl. Jung, Dae-Hwa 1990: 20f. Siehe auch Suh, Mark B. 1998.